



# HESSISCHER LANDTAG

10. 11. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**

### **betreffend "Wespen"-Koalition im Bund sticht Hessen**

Der Landtag stellt fest, dass die neue schwarz-gelbe Koalition schlecht für Hessen ist. Die neue Bundesregierung ist ohne Gestaltungswillen und Gestaltungskraft bei den zentralen Zukunftsthemen. Weder werden die sozialen Sicherungssysteme zukunftssicher gemacht noch wird die notwendige ökologische und ökonomische Modernisierung angepackt. Stattdessen werden Steuererleichterungen angekündigt, die ungerecht verteilt und zudem öffentliche Kassen weiter plündern. Der Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung zeigen, dass viele wichtige politische Fragestellungen ungeklärt und unbeantwortet bleiben. Diese Konzeptlosigkeit schadet Deutschland und insbesondere Hessen.

Im Einzelnen heißt das:

#### **1. Finanzen: Linke Tasche - rechte Tasche**

##### **Öffentliche Haushalte vor dem Abgrund**

Der Landtag missbilligt die im Koalitionsvertrag vorgesehene Erhöhung der Nettoneuverschuldung des Bundes zur Finanzierung von Steuergeschenken vor allem für Unternehmen und Besserverdienende. Die Erhöhung der bereits von der vorigen Koalition beschlossenen Steuerentlastungen um weitere 7 Mrd. € wird massiv zulasten der Bundesländer und ihrer Kommunen gehen. Alleine für den hessischen Haushalt ist für das Jahr 2010 mit einer Mindereinnahme von 300 Mio. € zu rechnen, in den Folgejahren von jeweils über 1 Mrd. €. Die hessischen Kommunen sind an den Einnahmeausfällen mit jeweils 23 v.H. beteiligt. Hinzu kommen die Auswirkungen der bislang noch nicht bezifferten Vorhaben des Koalitionsvertrages.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, im Bundesrat ihrer Verantwortung für Hessen und seine Kommunen nachzukommen und den zu erwartenden Gesetzesinitiativen nicht zuzustimmen.

##### **Steuersenkungen auf Pump**

Der Landtag kritisiert, dass die schwarz-gelbe Koalition keine Gegenfinanzierung für Steuersenkungen und die vielen Klientelgeschenke bietet. Deshalb wird die Verschuldung hochgefahren und das strukturelle Defizit vergrößert.

Die von Schwarzgelb ausgelösten Steuerausfälle treffen nicht nur den Bund. Bei Ländern und Kommunen landet ein großer Teil der langfristigen Mindereinnahmen (ab 2010 für die Länder mind. 2,5 Mrd. €, für die Kommunen mind. 1,1 Mrd. jährlich, ab 2011 für die Länder mind. 10,1 Mrd. €, für die Kommunen mind. 6 Mrd. € jährlich). Obendrein schwebt über den Kommunen noch das Damoklesschwert einer Abschaffung der Gewerbesteuer.

##### **Steuern runter? Abgaben rauf!**

Der Landtag kritisiert, dass die schwarz-gelbe Koalition beabsichtigt, kommunale Leistungen, wie beispielsweise die Müll- und Abwasserentsorgung, umsatzsteuerpflichtig zu machen. Alleine dadurch ergäbe sich für einen hessischen Haushalt eine Mehrbelastung von bis zu 150 € jährlich.

Diese und weitere Maßnahmen, wie beispielsweise steigende Sozialbeiträge alleine für die Arbeitnehmer, höhere private Vorsorgekosten, die Abschaf-

fung der Steuerfreiheit für Nacht- und Schichtarbeit, werden zusammen mit der Streichung sozialer Leistungen bewirken, dass letztendlich Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weniger netto verbleiben wird. Die FDP würde damit einmal mehr ihr vor der Wahl gegebenes Wort brechen.

### **Freier Fall statt Schuldenbremse**

Der Landtag missbilligt, dass die Bundesregierung, die Schuldenregeln des Grundgesetzes und den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht einzuhalten gedenkt.

## **2. Bildung: Bildungsland - nur für Reiche**

### **Bildungsgipfel - außer Spesen nichts gewesen**

Der Landtag stellt fest, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung außer wohlfeilen Absichtserklärungen kein Konzept hat, um die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich zu einer Bildungsrepublik zu machen.

### **Schwarz-gelbe Regierungspolitik im Bund lässt die Länder und Kommunen im Stich**

Der Landtag stellt fest, dass der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag keinerlei Aussagen über eine substantielle Unterstützung der Länder und kommunalen Gebietskörperschaften bei der Verbesserung der vorschulischen und schulischen Bildung enthält:

- Weder ist eine Fortführung des erfolgreichen **Programm "Zukunft Bildung und Betreuung"**, durch das rund 270 Mio. € vom Bund zum Ausbau von Ganztagschulen nach Hessen geflossen ist vorgesehen,
- noch wird ein Engagement des Bundes für die **Kostenfreiheit der Kindertageseinrichtungen** oder
- eine Beteiligung an den Kosten für die **Schulsozialarbeit** in Aussicht gestellt.

### **Privatisierung der Bildung: Gut(e) Scheine statt Gute Schulen**

Der Landtag stellt fest, dass schwarz-gelbe Regierungspolitik im Bund stattdessen auf Privatisierung von Bildungsfinanzierung setzt. So soll beispielsweise die Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen künftig über sogenannte Bildung checks durch private Dienstleister erfolgen und staatliches Handeln zieht sich aus der Verantwortung zurück.

### **Der Geldbeutel der Eltern bleibt bildungspolitisches Leitbild**

Der Landtag stellt fest, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung finanzielle Bildungsbarriere zementiert. Die Studiengebühren in den schwarz regierten Ländern bleiben im Koalitionsvertrag unerwähnt und damit unangetastet. Ferner wird der Ausbau einkommensunabhängiger Stipendien dazu führen, dass viele Studierende alimentiert werden, die dies finanziell nicht nötig haben. Konkrete Aussagen zur Verbesserung des BAföG allerdings fehlen. Es bleibt Grundprinzip schwarz-gelber Regierungspolitik, dass höhere Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

## **3. Soziales: Wenn jeder für sich sorgt ist nicht für alle gesorgt - der Anfang vom Ende der solidarischen Sozialversicherungen**

### **"Herdprämie" verhindert Bildungschancen**

Der Landtag stellt fest, dass das sogenannte Betreuungsgeld für Eltern von Kindern unter drei Jahren, die ihr Kind zu Hause betreuen, die falschen Anreize setzt.

Jenseits der Frage, ob der Staat unter den gegebenen finanzpolitischen Bedingungen überhaupt in der Lage sein wird, derartige "Wohltaten" mit der Gießkanne zu verteilen, ist dieses Betreuungsgeld vor allen Dingen unter bildungspolitischen und gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten kontraproduktiv und ein fataler Irrweg.

Gerade Kinder aus den sogenannten bildungsfernen Schichten werden mit dieser Herdprämie von den institutionellen Betreuungsformen ferngehalten. Und das sind gerade die Kinder, die die Förderung in Krippen am dringendsten benötigen.

Die Herdprämie zementiert die bestehenden bildungspolitischen Schranken und verwehrt benachteiligten Kindern Zukunftschancen. Aus purer Ideologie

vonseiten der CSU durchgeboxt, um einer kleinen Zielgruppe ein Bonbon zukommen zu lassen.

### **Ende der solidarischen Krankenversicherung**

Der Landtag missbilligt, dass die Vereinbarungen im Bereich Gesundheit im Kern auf den Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung hinauslaufen. Der Arbeitgeberanteil wird eingefroren, zukünftige Steigerungen müssen die Versicherten alleine tragen. Hinzu kommt die vereinbarte Absicht, eine sogenannte Kopfpauschale pro Versicherten einzuführen. Auch hier ist pure Ideologie die Triebfeder dieser Pläne, wobei hier die treibende Kraft innerhalb der FDP sitzt.

### **Zerschlagung der Jobcenter wäre eine arbeitsmarktpolitische Katastrophe**

Der Landtag stellt fest, dass die Vereinbarungen der Koalitionäre in Berlin für die Organisation der Arbeitsverwaltung die Erfolge der Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre zunichte machen. Die bestehenden Optionskommunen sollen ihre Arbeit fortsetzen können. Für die Arbeitsgemeinschaften (Argen) strebt man eine Lösung an, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechen aber ohne Grundgesetzänderung auskommen soll. Das wird dazu führen, dass es zukünftig keine Hilfen aus einer Hand mehr geben wird, sondern die Menschen wieder zwischen zwei Zuständigkeiten hin und her geschickt werden.

Der Landtag lehnt die flächendeckende Umsetzung des Optionskommunenmodells durch die Hintertür ab. Weder gibt es bisher eine belastbare Evaluation und vergleichbares Zahlen- und Datenmaterial noch ist es ordnungspolitisch zu verantworten, den Kommunen die alleinige Verantwortung für die Arbeitslosigkeit zu geben.

## **4. Umwelt: Zukunft war gestern**

### **Atomeinstieg und die Erhaltung der Monopole**

Der Hessische Landtag missbilligt die erkennbare Absicht der Berliner Koalition, die bestehende Vereinbarung zum Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie aufzugeben und die Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke zu verlängern. Ein solches Vorgehen geht einzig zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher, weil das Oligopol der vier großen Energiekonzerne gefestigt und damit Wettbewerb auf nicht absehbare Zeit stark eingeschränkt wird. Außerdem werden notwendige Investitionen im Energiebereich mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energien nicht getätigt und mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze in Gefahr geraten oder nicht geschaffen. Investitionen in Entwicklung und Technologie auf allen Gebieten der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz werden dadurch Investitionen unterbleiben. Die Preise für die Emissionsberechtigung von Treibhausgasen werden sinken und damit Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Effizienz zunehmend unattraktiv. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird massiv gestört und die Klimadiskussion vor diesem Hintergrund eine völlig neue Qualität erhalten.

Das im Koalitionsvertrag beschriebene Ziel, Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz beizubehalten, kann schon alleine aus diesem Grund nicht erreicht werden.

Das Festhalten an der Kohleverbrennung zur Energieerzeugung passt in die energiepolitische Umkehr, mit der die Bundesrepublik Deutschland ab sofort zu rechnen hat.

Mit einer solchen Vorgabe ist selbst das Minimalziel der hessischen Landesregierung nicht zu erreichen.

### **Freie Fahrt für Gentechnik und industrielle Landwirtschaft**

Der Landtag kritisiert die vorgesehene Ausweitung der grünen Gentechnik, insbesondere durch beschleunigte Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen, beispielsweise mit der Einführung der gentechnisch veränderten Amflora-Kartoffel. Gentechnikfreie Alternativen werden auf diese Weise benachteiligt, während das Produkt eines bestimmten Unternehmens explizit gefördert wird. Dazu kommt, dass im Koalitionsvertrag das Vorsorgeprinzip bei der grünen Gentechnik nicht erwähnt wird. Hier wird offen gegen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gehandelt, die mit überwiegender Mehrheit Gentechnik in Lebensmitteln ablehnen.

Der Landtag kritisiert darüber hinaus, dass die Koalition sich nicht auf ein Verbot von Genmais verständigt hat.

Die Schaffung gentechnikfreier Regionen wird nicht befördert und die bisherige Null-Toleranz-Politik bei Verunreinigungen mit in der Europäischen Union nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen wird aufgegeben.

## **5. Ländlicher Raum: was bleibt ist die "gute Luft"**

### **Schallende Ohrfeige für die Milchbauern**

Der Landtag stellt fest, dass die Milchviehalter im Stich gelassen werden. Für die Milchwirtschaft fehlt ein qualifiziertes Milchmengensteuerungsinstrument. Anstatt hier Hilfe anzubieten, will die Koalition vielmehr die Milchwirtschaft auf den internationalen Markt vorbereiten. Dies wird den bäuerlichen Betrieben in unseren Mittelgebirgsregionen auf Dauer aber nicht helfen. Es fehlen ein Programm zum Milchquotenaufkauf und eine Aussage zu der von den Milchbauern geforderten Abschaffung der Saldierung.

### **Vernachlässigung des ländlichen Raumes**

Der Landtag ist enttäuscht, dass die Koalitionäre auf die Erfordernisse der ländlichen Räume nicht detailliert eingehen. Durch den demografischen Wandel werden diese vor zunehmend schwierige Aufgaben gestellt. Der Vertrag setzt zur Bewältigung dieser Aufgaben keine ausreichenden Impulse. Dem demografischen Wandel lediglich Aufmerksamkeit zu widmen, wie im Koalitionsvertrag im Abschnitt ländlicher Raum formuliert, ist für die Dörfer als Kristallisationskerne ländlichen Lebens fahrlässig und rächt sich bereits in naher Zukunft. Der Koalitionsvertrag trifft keine konkrete Aussage zur Unterstützung der Dörfer und der Dorfkerne, der Vitalität vielerorts bedroht ist. Hier muss gerade die Dorferneuerung und die Dorfinnerentwicklung gezielt gestärkt werden. Hessen als Bundesland mit einem großen Anteil ländlicher Gebiete ist von einer solchen Ignoranz negativ betroffen.

### **Schmaler Raum für Breitband**

Der Landtag hält den Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandes für alle Menschen in Hessen für erforderlich. Ein Monitoring, wie im Koalitionsvertrag vorgeschlagen, ist kein ausreichender Beitrag zur Lösung dieser zentralen Zukunftsaufgabe.

## **6. Kommunalpolitik: Weniger ist nix**

### **Kommunale Leistungsfähigkeit erhalten**

Der Hessische Landtag teilt die Auffassung der neuen Bundesregierung, dass wir starke Kommunen brauchen und daher die kommunale Leistungsfähigkeit zu erhalten ist. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, alles zu unterlassen, wodurch die Leistungsfähigkeit der hessischen Kommunen zusätzlich beeinträchtigt wird.

Die Landesregierung wird weiterhin aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass eine Einbeziehung der Kommunen in die Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht dazu führt, dass einseitig eine zusätzliche Finanzverantwortung für die Einhaltung des europäischen Stabilitätspakts zulasten der Kommunen eingeführt wird.

Die im Koalitionsvertrag geforderte Enquete-Kommission zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung darf nicht dazu führen, dass die Kommunen zusätzliche Finanzverantwortung für die Einhaltung der Maastricht-Kriterien erhalten.

### **Gewerbsteuer muss Kommunalsteuer bleiben**

Der Landtag lehnt den Wegfall der Gewerbesteuer ab, die die einzige nennenswerte beeinflussbare Steuereinnahme der Kommunen darstellt. Notwendig bleibt eine Verstärkung der Gewerbesteuer. Auch die stärkere Beteiligung an konjunkturunabhängigeren Steuern, z.B. durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer, ist ein möglicher Ansatz um die kommunalen Einnahmen zu stärken.

Ein kommunaler Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz wird am Ende zum einseitigen Nachteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugunsten der Unternehmenssteuern führen und wird deshalb strikt abgelehnt.

## **7. Innenpolitik: Datenschutz, Gleichbehandlung und Jugendkriminalität; ohne Druck aus Berlin ändert sich in Hessen nichts**

### **Daten schützen - auch in Hessen**

Der Hessische Landtag hält es in Übereinstimmung mit der der neuen Bundesregierung für richtig, dass der Datenschutz gestärkt werden muss und der Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht besondere Bedeutung zukommt. Deshalb ist es falsch, zunächst eine Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesländer vom Europäischen Gerichtshof abzuwarten, bevor endlich Maßnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit des Datenschutzes in Hessen umgesetzt werden.

### **Homosexuelle auch in Hessen gleichstellen**

Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Absicht der neuen Bundesregierung, mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Situation von eingetragenen Lebenspartnerschaften zu verbessern, indem insbesondere ehebezogene Regelungen über Besoldung, Versorgung und Beihilfe zugunsten der eingetragenen Lebenspartnerschaften verändert werden, ausdrücklich zu unterstützen ist. Aus diesem Grund muss auch in Hessen eine Gleichstellung der Lebenspartnerschaften erfolgen.

### **Jugendkriminalität: konkrete Präventionsförderung statt rechtspolitische Placebos**

Der Hessische Landtag teilt die Auffassung der neuen Bundesregierung, dass alle Maßnahmen unternommen werden müssen, um bereits den Ursachen von Jugendkriminalität zu begegnen. Er begrüßt die Absicht, Präventionskonzepte auszubauen und zu stärken. Deshalb fordert der Hessische Landtag die Landesregierung auf, im Rahmen der Beratungen für den Landeshaushalt 2010 dafür Sorge zu tragen, dass die 2004 gestrichene finanzielle Unterstützung präventiv wirkender Sozialprojekte wieder in vollem Umfang hergestellt wird.

Der Hessische Landtag stellt fest, dass die von CDU und FDP auf Bundesebene geplante Heraufsetzung der Jugendstrafe unter kriminalpräventiven Gesichtspunkten keinen Sinn macht und in der Praxis überhaupt keine Wirkung entfalten würde.

## **8. Rechtspolitik: privatisiert sparen und Rechtsstandards abbauen**

### **Gerichtsvollzug in öffentlicher Hand**

Der Hessische Landtag lehnt eine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens ab, weil eine Übertragung dieser hoheitlichen Tätigkeit und der damit verbundenen Eingriffe in die Rechte Dritter auf Private einem modernen Rechtsstaat nicht gerecht wird und einen nicht hinnehmbaren Versuch der Konsolidierung der Landeshaushalt darstellt.

### **Zusammenlegung Sozial- und Verwaltungsgerichte**

Der Hessische Landtag spricht sich nach wie vor gegen eine Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit aus und fordert die Landesregierung sowie den Justizminister auf, über den Bundesrat und die Justizministerkonferenz darauf hinzuwirken, dass durch eine Veränderung der sachlichen Zuständigkeit die Verwaltungsgerichtsbarkeit inhaltlich wieder gestärkt wird.

## **9. Verkehr: Teurer, schlechter, dreckiger**

### **Teure Bus- und Bahntickets**

Der Landtag hält an der öffentlichen Verantwortung für Mobilität fest. Durch die Gleichstellung kommunaler und privater Unternehmen bei der Mehrwertsteuer werden die Leistungen für den ÖPNV teurer werden. Der Staat soll nur noch für die Infrastruktur und die Wettbewerbsregeln zuständig sein, nicht mehr für die Preise und für die Sicherstellung von Mobilität. Die Anforderungen an individuelle Flexibilität erfordern mehr nicht weniger Verantwortung.

### **Pkw-Maut - Koch: Überholspur für Reiche**

Der Landtag spricht sich grundsätzlich gegen die Einführung einer Pkw-Maut und damit einer Privatisierung deutscher Straßen aus. Der Versuch,

auf Autobahnen eine Zweiklassengesellschaft zu etablieren, liegt zwar auf der Linie des Hessischen Ministerpräsidenten, ist aber unsozial und widerspricht den heutigen Anforderungen an Mobilität und Flexibilität.

#### **Weniger Lärmschutz, dafür mehr Feinstaub**

Der Landtag sieht die Gefahr, dass angesichts der Steuersenkungspläne auf Pump kein Geld für mehr Lärmschutz und Feinstaubreduzierung bereit steht. Die Absenkung der Sanierungsgrenzwerte beim Straßenlärm um fünf Dezibel wurde wieder aus dem Koalitionsvertrag gestrichen und die Umweltzonen in den Städten sollen durch bundesweite Ausnahmeregelungen geschwächt werden.

#### **10. Finanzplatz Frankfurt: unkonzentriert**

##### **Koch - Westerwelle 0:1?**

Der Landtag bedauert, dass mit der Zusammenführung der Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank nicht auch eine Konzentration am Standort Frankfurt erfolgen wird. Offensichtlich hat sich das Wahlkreisinteresse eines Guido Westerwelle gegen eine rationale Standortentscheidung für Frankfurt durchgesetzt.

Wiesbaden, 10. November 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**